

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00139/2014

Beeinträchtigung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA verhindern

Beschlüsse:

10.11.2014	Stadtvertretung
004/StV/2014	04. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es liegt folgender mehrfraktioneller Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie dem Mitglied der Stadtvertretung Frau Anita Gröger vom 03.11.2014 zu den Tagesordnungspunkten 11.1 bis 11.4 vor:

- „1. Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin beschließt die Annahme der Resolution der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin zu internationalen Handels- und Dienstleistungsabkommen“ und unterstützt damit das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen.
2. Der Stadtpräsident wird beauftragt:
 - a) die Bedenken der Stadtvertretung in geeigneter Form an den Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund und den Deutschen Landkreistag heranzutragen
 - b) im Namen der Stadtvertretung die regional zuständigen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, des Landtages und des Bundestages aufzufordern, den Abkommen solange nicht zuzustimmen bis gesichert ist, dass europäische Sozial- und Umweltstandards sowie der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge nicht gefährdet werden können
 - c) die Bedenken der Stadtvertretung in geeigneter Form gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium zum Ausdruck zu bringen.“

2.

Das Mitglied der Stadtvertretung Frau Anita Gröger stellt den Geschäftsordnungsantrag auf „namentliche Abstimmung“.

Die 1. Stellvertreterin des Stadtpräsidenten stellt daraufhin fest, dass gemäß § 31 Abs. 2 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder der Stadtvertretung oder einer Fraktion die namentliche Abstimmung erfolgt.

Ein derartiger Antrag liegt nicht vor.

3.

Die 1. Stellvertreterin des Stadtpräsidenten stellt sodann den mehrfraktionellen Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie dem Mitglied der Stadtvertretung Frau Anita Gröger vom 03.11.2014 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin beschließt die Annahme der „Resolution der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin zu internationalen Handels- und Dienstleistungsabkommen“ und unterstützt damit das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen.
2. Der Stadtpräsident wird beauftragt:
 - a) die Bedenken der Stadtvertretung in geeigneter Form an den Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund und den Deutschen Landkreistag heranzutragen
 - b) im Namen der Stadtvertretung die regional zuständigen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, des Landtages und des Bundestages aufzufordern, den Abkommen solange nicht zuzustimmen bis gesichert ist, dass europäische Sozial- und Umweltstandards sowie der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge nicht gefährdet werden können
 - c) die Bedenken der Stadtvertretung in geeigneter Form gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium zum Ausdruck zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei neun Gegenstimmen und fünf Stimmenthaltungen beschlossen